

Die Schweiz ist wohl das globalisierteste Land der westlichen Welt. Kaum ein anderer Staat lebt dermaßen vom Austausch und Handel mit anderen. Doch unsere außenpolitischen Beziehungen sind flatterhaft geworden. Das Verhältnis zu unserem wichtigsten Handelspartner, der Europäischen Union, wird immer komplizierter. Einige reden bereits das Ende des bilateralen Weges herbei.

Deshalb müssen wir uns fragen: Wieweit kann die Schweiz sich treiben lassen, ohne zur Getriebenen zu werden?

Für die Beziehungen zur EU haben wir zwei Optionen: den Beitritt oder die Weiterführung des bilateralen Weges. Letzterer ist der Königsweg für die Schweiz, denn nur er ist mehrheitsfähig. Bilateralismus bedeutet aber auch Dauerverhandlungen mit der EU, ständige Anpassung der Verträge. Hinzu kommen Verhandlungen über neue Abkommen – Agrarfreihandel, Elektrizitätswirtschaft oder Chemikalienverordnung. Doch die EU fordert in diesen Dossiers von der Schweiz die automatische Übernahme von Rechtsentwicklungen, die sich aus dem jeweiligen Abkommen ergeben. Dies ist aus Souveränitätsgründen klar abzulehnen. Trotzdem wird die Schweiz nicht umhin kommen, die institutionellen Fragen mit der EU zu klären, will sie den bilateralen Weg weitergehen. Der Bundesrat sollte schleunigst die Eckwerte eines solchen institutionellen Abkommens definieren – es darf aber kein Kolonialvertrag sein. Mein Vorschlag wäre: Der Schweiz sind für allfällige Rechtsübernahmen Fristen einzuräumen, die im innerstaatlichen Verfahren notwendig sind. Weiterentwicklungen, die grundlegende Prinzipien des Schweizer Staatswesens infrage stellen – Föderalismus, direkte Demokratie und Neutralität – übernehmen wir nicht. Auf eine Guillotine-Klausel, also auf einen automatischen Beendigungsmechanismus, ist zu verzichten. Und die rechtliche Auslegung eines institutionellen Abkommens müsste bei den Gerichten und Behörden der Vertragsparteien liegen. Denn für einen souveränen Staat, der sich im bilateralen Verhältnis befindet, gibt es keinen Grund, sich einer »fremden« Gerichtsbarkeit wie dem Gerichtshof der Europäischen Union oder der Europäischen Kommission zu unterwerfen.

Heute jedoch agiert die Schweiz ständig aus der Defensive. Dagegen hilft nachdenken: Wir müssen endlich wissen, was wir selber wollen. Den Weg der Schweiz bestimmt nicht nur das Ausland.

Wohin also treiben wir? Teils in die komplett falsche Richtung. Ein Beispiel: Freiheit und Verant-

wortung wurden in den letzten Jahren zunehmend voneinander getrennt. Dabei wurde möglichst viel Verantwortung dem Staat zugewiesen, also kollektiviert, während der Einzelne zwar möglichst viel Freiheit für sich beansprucht, für die Konsequenzen seines Tuns aber nicht geradestehen will. Das schürt den Unmut vieler Menschen in unserem Land, sie haben den Eindruck, die Individualisierung sei zu weit gegangen. Diese Unzufriedenheit kommt aus der Mitte – von jenen Menschen, die fast alles tragen,

Diese zügellosen Minderheiten leisten staatlichen Eingriffen und Bevormundung Vorschub.

Und sie bedrohen die liberale Tradition unseres Staates.

Diese meint nämlich nicht schrankenlose Freiheit, Rücksichtslosigkeit oder gar Egoismus. Im Gegenteil. Die Schweiz gewährt ihren Bürgerinnen und Bürgern wie auch den Unternehmen einen möglichst großen Entscheid- und Gestaltungsspielraum, erwartet aber im Gegenzug eigenverantwort-

»Kantönligkeit«, sondern das Bewusstsein, dass unser Land von unten nach oben gewachsen ist. Dieses garantiert kostengünstige Lösungen. Gemeinden und Kantone lösen ihre Probleme selbst oder im Verbund, und man akzeptiert, dass sie dies unterschiedlich und wohl auch unterschiedlich gut tun. Die Kantone sind Ideenlabors, wo neue Lösungsansätze schnell und unbürokratisch ausprobiert werden können. Dieser Wettbewerb, diese Vielfalt und die Subsidiarität geraten aber in der Schweiz zunehmend unter Druck.

bilateralen Verträge wäre eine Dummheit. Wir alle wissen, dass die Zuwanderung ihre Schattenseiten hat. Konkurrenz, Druck auf dem Arbeitsmarkt, Scheinselbstständigkeit, Ausnutzung unserer Sozialwerke. Viele Menschen in der Schweiz fühlen sich eingeeignet, der Wohnraum in den Zentren wird teurer. Dieses Wachstum wird von links wie rechts kritisiert. Die einen sagen, es lebten zu viele Ausländer in der Schweiz; die anderen schieben den Naturschutz vor, meinen aber das Gleiche.

Aber ein globalisierter Kleinstaat wie die Schweiz, der über keine Rohstoffe verfügt, ist auf die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte angewiesen. Geboten ist eine selektive Offenheit. Wir dürfen uns nicht davor scheuen, die Zuwanderung, soweit diese steuerbar ist, konsequent auf die Interessen der Schweiz auszurichten. Gerade Bildung, Forschung und Wirtschaft sind auf talentierte Köpfe angewiesen. Wir müssen uns nicht als schlechte Menschen fühlen, wenn wir die Spielregeln für den Aufenthalt und Verbleib in der Schweiz selbst definieren. Korrekturmaßnahmen sind deshalb angezeigt, Personen, die unsere Spielregeln nicht einhalten, sind ohne Wenn und Aber wegzuzweisen.

Gleichzeitig muss unsere Volkswirtschaft weiter wachsen. Ohne Wachstum keine Jobs und keine gesicherte Finanzierung unserer Sozialwerke. Noch vor zwei Jahren – während der Finanz- und Wirtschaftskrise – machten sich sämtliche Staaten Sorgen darüber, wie das Wachstum und damit die Arbeitsplätze der Menschen erhalten werden können. Die gleichen Kreise, die staatliche Investitionsprogramme zur Ankurbelung der Konjunktur forderten, spielen heute die Mahner vor zu hohen Wachstumsraten. Dabei geht vergessen, dass vor der Haustüre Europas, und damit auch jener der Schweiz, Hunderte von Millionen von leistungswilligen jungen Menschen auf ihre Chance warten. Während wir uns über unsere »Work-Life-Balance« Sorgen machen und im Internet ausrechnen, wie viel wir gerade noch arbeiten müssen, damit es für ein optimiertes Leben mit allen Extras reicht, riskieren andere ihr Leben, um nach Europa zu gelangen.

In einer hoch kompetitiven Welt muss sich die Schweiz ihren Leistungswillen erhalten. Dann können wir optimistisch in die Zukunft blicken und weiterhin frohlocken: *Felix Helvetia!*

Der Beitrag ist eine gekürzte Fassung einer Rede, die die Autorin, St. Galler Regierungsrätin und FDP-Ständeratskandidatin, im Rahmen der Reihe »Wohin treibt die Schweiz?« am Theater Basel hielt. Das gleichnamige Buch zur Reihe mit Texten u.a. von Micheline Calmy-Rey, Roger de Weck, Jakob Tanner und David Gugerli ist bei Nagel & Kimche erschienen

Ohne Fleiß keine Schweiz

Leistungswille, Eigenverantwortung, Solidarität – besinnen wir uns dieser alten Tugenden, erleben wir eine rosige Zukunft

VON KARIN KELLER-SUTTER

erwirtschaften und bezahlen. Sie erwarten vom Staat nicht, dass er ihnen alle Sorgen abnimmt. Aber sie erwarten, dass er ihnen nicht noch mehr aufbürdet, sondern die bestehenden Lasten reduziert.

Doch die Politik betrachtet den Bürger immer häufiger als Therapiefall, der nicht mehr imstande ist, für sich selbst zu sorgen. Gleichzeitig scheint der Staat immer weniger in der Lage, Recht und Gerechtigkeit durchzusetzen. Wer sich auf Kosten der Gemeinschaft bereichert oder belustigt, darf heute auf Milde hoffen – ganz egal, ob es sich um Steuerbetrüger oder Fußball-Chaoten handelt.

liches und vernünftiges Handeln, gelebte Solidarität sowie den Einsatz für das Gemeinwohl.

In den letzten 20 Jahren wurde aber nicht nur die Freiheit der Bürger eingeschränkt. Auch das Verantwortungsbewusstsein sank. Freiheit ohne Verantwortung ist jedoch keine echte Freiheit, sondern bloß kurzfristige Eigennutzmaximierung. Auch auf institutioneller Ebene ist dieses Wertepaar untrennbar. Davon zeugt die Erfolgsformel der Schweiz: der Föderalismus. Als langjähriges Mitglied einer kantonalen Regierung weiß ich um dessen Bedeutung für unser Land. Damit meine ich nicht einen überholten

In Bundesbern ist man immer häufiger davon überzeugt, gute Lösungen seien zentralistische Lösungen. Unter dem Deckmantel von Koordination und Harmonisierung versucht man in allen möglichen Lebensbereichen, schweizweite Regeln durchzuboxen. Man denke etwa an die Kampfhunddebatte.

Also, was tun?

Die Schweiz muss die Chance packen, die ihr die Globalisierung der Wirtschaft bietet. Freihandel und internationaler Austausch begründen den Wohlstand unseres Landes – und nicht die Abschottung. Die Kündigung der Personenfreizügigkeit und damit der



Unentgeltlicher Einsatz. Punktrichter am Eidgenössischen Turnfest 1963

Foto: Str/Keystone

CH

Mehr Infos auf www.mobimotower.com

€ 3,4 MIO.

PASST SCHON.

Dafür gibts zwar nicht die ganze Altstadt, aber: Endlich in Zürich leben. Zu Fuß zur Arbeit, Ski fahren in den Alpen, schwimmen im See. Top-Architektur, perfekter Service, weniger Steuern. Und: Ihr Appartement im Mobimo Tower.

Mobimo Tower, Zürich, Schweiz

Kontakt: Constanca Jörgler, Walde & Partner, T +41 44 396 60 33, www.mobimotower.com